

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

23.1.1863 (No. 19)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 23. Januar.

N. 19.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Telegramme.

**Frankfurt, 22. Jan.** Das Delegirtenprojekt wurde in der heutigen Sitzung der Bundesversammlung abgelehnt.

**Madrid, 20. Jan.** Bustillos hat das Marineportefeuille angenommen; nur wird er aus Gesundheitsrücksichten auf einige Zeit Urlaub haben und General O'Donnell das Ministerium interimistisch versehen.

**Turin, 19. Jan.** Briefe aus Rom besagen, daß das neue römische Komitee der Aktionspartei eine Erfindung der Emigration ist. Das von den Zeitungen mitgetheilte Manifest an Garibaldi war in Rom nicht bekannt. Das alte Komitee besteht immer noch aus gemäßigt-liberalen Leuten. Die Bank hat ihren Diskont auf 6 Proz. erhöht. Ital. Anl. 70.15.

**Neapel, 19. Jan.** Eine Proklamation des Bürgermeisters fordert die Einwohner dieser Stadt auf, sich an der Subskription für die Opfer des Räuberwesens zu betheiligen. „So werden wir zeigen — heißt es in diesem Schriftstück — daß alle Italiener solidarisirt sind, daß uns Freud und Leid gemeinsam sind, und unsere Feinde werden sehen können, daß die Räuber, welche sie zu uns senden, nicht die Macht haben, unsere nationale Einheit zu erschüttern.“

**Korfu, 17. Jan.** (W. L. B.) Die jüdischen Blätter widersprechen entschieden der Aeußerung, daß die Jönier die Vereinigung mit Griechenland nicht wollen; die in Korfu und Zante stattgefundenen Demonstrationen seien ein deutlicher Gegenbeweis, und wenn bis jetzt keine großartigen Kundgebungen stattgefunden haben, so entspringe dies lediglich aus Mißtrauen in die Absichten Englands.

**Kairo, 21. Jan.** Der neue Vizekönig empfing das Konsularkorps und antwortete auf dessen Glückwünsche und Lob seiner Regenschast als Bürgschaft für Egyptens Zukunft: „Ich kenne meine Aufgabe und werde dem Lande alle Thakraft widmen. Die Ordnung der Finanzen ist die Grundlage einer guten Verwaltung; ich werde das alte System aufgeben, eine Zivilliste aufstellen und dieselbe nie überschreiten. Dadurch wird die Entwicklung des Ackerbaues, die Ablösung der Frohnden, und die Beförderung des Handels möglich werden. Ich werde den Unterricht, die Grundlage jedes Fortschritts, verbessern, eine gute Justizpflege einführen, und hoffe auf den Beistand der Konsuln.“ Diese Rede machte großes Aufsehen.

## Deutschland.

**Kassel, 17. Jan.** In der Rechtsache des Obergerichtsanwalts Rommel dahier, als Cessionar verschiedener Abgeordneter zu der jüngsten sog. Zweiten Kammer, Klägers gegen den Staatsanwalt zu Kassel, Verklagten, in Betreff der Tagelöhner und Reiskosten, hat das hiesige Obergericht am 8. d. M. ein Erkenntnis gegeben, wodurch Verklagter schuldig erkannt wird, dem Kläger den eingeklagten Betrag von 227 Thlrn. 25 Sgr. mit 5 Proz. Zinsen, vom Tage der Klagebehandlung an, binnen vier Wochen zu zahlen, auch die Kosten dieses Rechtsstreites zu ersetzen, v. H. w.

**Köln, 20. Jan.** Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Die politische Beschlagnahme unserer Nummer 4, erstes und

zweites Blatt, ist von der Rathskammer des hiesigen königl. Landgerichts als nicht gerechtfertigt anerkannt und aufgehoben worden. Gegen dieses Urtheil hat der Hr. Oberprokurator Boelling Opposition eingelegt, und der Anklagesenat des hiesigen königl. Appellationsgerichts hat nur das zweite Blatt mit der vermischten Nachricht aus Sest freigegeben; die Beschlagnahme des ersten Blatts mit der Urtheile russischer Blätter über Preußen anführenden Korrespondenz aus Petersburg ist aufrecht erhalten worden.

**Weimar, 21. Jan.** (W. L. B.) Nach der „Weimarer Ztg.“ hätte der Herzog Ernst von Koburg sich bereit erklärt, unter der Bedingung der Verzichtleistung der bayrischen Dynastie auf ihre Ansprüche und der fortdauernden Regierung des Herzogthums Koburg-Gotha die griechische Krone anzunehmen.

**Dresden, 21. Jan.** (W. L. B.) Eine Frankfurter Korrespondenz des „Dresdener Journ.“ sagt, daß die Abstimmung über das Delegirtenprojekt in der morgigen Bundestags-Sitzung bestimmt stattfinden, daß aber der Antrag der Ausschlußmehrheit zweifellos in der Minderheit bleiben wird. Die Antragsteller, meint der Korrespondent, würden hierdurch nur veranlaßt werden, ihre Reformbestrebungen auf eine andere Basis hinüberzuleiten.

**Freistadt in N.-Schlesien, 14. Jan.** Das heute ausgegebene „Kreis-Wochenblatt“ enthält folgendes Schreiben der hiesigen Polizeiverwaltung an einen Hrn. B. in Glogau, als sich dieser um Ertheilung einer Konzession zur Uebernahme eines Gasthofes an das betreffende Polizeiamt gewendet hatte.

„Vor Ihnen die polizeiliche Konzession zum Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft ausgefertigt werden kann, gewärtigen wir den Nachweis, daß Sie für Ihr künftiges Gast- und Schanklokal ein Exemplar des vom 1. Januar 1863 ab bei dem hier wohnenden Buchdrucker Hrn. Pilsch erscheinenden amtlichen Kreisorgans bestellt haben.“

**Berlin, 20. Jan.** Was die Frage betrifft, ob das Ministerium in Anklagestand zu versetzen sei, so ist dieselbe bereits vielfach erörtert worden; doch ist die Sache noch durchaus im Stadium der ersten Erwägung und rückt bei den Schwierigkeiten, die ihre Erledigung bietet, nur langsam vor. Nicht als ob die liberalen Fraktionen politische Bedenken hätten; der Fall der Ministeranklage scheint ihnen allerdings vorzuliegen. Doch bietet Art. 61 der Verfassung nur sehr unvollständige Grundlinien. Derselbe lautet: „Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrochens der Verfassungsverletzung, der Bestechung, und des Verrathes angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigt. Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zweck zusammen. Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und über die Strafen werden einem besondern Gesetze vorbehalten.“ Dies besondere Gesetz fehlt bekanntlich noch, und dieser Mangel ist es, welcher das Vorgehen mit einer Ministeranklage juristisch bedenklich macht. Die Juristen in den verschiedenen Parteien sind über die Möglichkeit der Durchführung einer solchen Anklage getheilter Ansicht. Es wird daher auch die Eventualität ins Auge gefaßt, zwar den Beschluß der Ministeranklage zu fassen, aber die Ausfüh-

rung bis zum Erlaß des Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes vorzubehalten; zugleich würde dabei der Zivilanspruch an die Minister wegen ungerechtfertigter Ausgaben vorbehalten werden.

Es erregt allgemein ein peinliches Aufsehen, daß für die einzige Vorlage, welche die Regierung bisher dem Hause der Abgeordneten gemacht hat, für das Budget, auch heute, am sechsten Tage nach der Eröffnung, noch nicht das zur Berathung nöthige Material vorhanden ist. — Die „B. Allg. Ztg.“ beklagt sich im Namen der Ultraliberalen darüber, daß bei den Fraktionsberathungen über die Adresse ihre Fraktion ganz übergegangen werde; sie meint, jede Adresse, die nicht einstimmig von allen Liberalen gefaßt werde, sei ein Sieg der Reaktion. Das linke Centrum hat die Eventualität vorbehalten, den in der Berathung begriffenen Adressentwurf nicht gleich in das Plenum zu bringen, sondern denselben erst in einer Kammerkommission festzusetzen, so daß die Möglichkeit einer Verständigung mit den Ultraliberalen bis zum letzten Augenblick offen bliebe. Die Fortschrittspartei will diesen Weg nicht; endgiltiger Beschluß ist noch nicht gefaßt. — Der konstitutionelle Verein zu Bonn hat sich öffentlich gegen die Einführung der Stellvertretung in der preussischen Armee ausgesprochen. — Zu Langendielau ist der Erblandmarschall von Schlesien und Mitglied des Herrenhauses, Graf v. Sandreczky-Sandraschütz, im 54. Lebensjahr verstorben. — Durch die Baumwollnoth sind in Berlin mehr als 5000 Weber brodlos geworden. — Der hiesige Arbeiterverein hat sich nunmehr definitiv konstituirt.

**Berlin, 21. Jan.** Heute früh kam Se. Großh. Hoheit der Prinz Wilhelm von Baden nach mehrwöchentlicher Abwesenheit von St. Petersburg hier wieder an. Der Prinz wurde Mittags vom König empfangen. — Die Besserung in dem Befinden des Königs macht ohne Unterbrechung günstige Fortschritte. Doch ist wegen des immer noch etwas leidenden Gesundheitszustandes Sr. Majestät das früher auf morgen den 22. angelegte Hoffest ein- weilen bis zum 29. Januar verschoben worden.

Der heute Abend ausgegebene „Staatsanzeiger“ bringt in seinem nichtamtlichen Theil einen Artikel zur Erklärung des Umstandes, daß der Landesvertretung bei ihrer diesmahligen Berufung außer dem Staatshaushalts-Etat nur verhältnismäßig wenige Vorlagen gemacht wurden. In dem Artikel heißt es: „Dieser Umstand sei in der Lage der inneren Verhältnisse so sehr begründet, daß die daran geknüpften Vorwürfe gegen die Staatsregierung durchaus der Berücksichtigung entbehren. Ein erspriechliches Zusammenwirken der Gesetzgebungsfaktoren in Fragen von tief gehender prinzipieller Bedeutung, könne so lange nicht in Aussicht genommen werden, als die jetzigen Differenzen in Bezug auf die Stellung und die Rechte dieser Faktoren selbst nicht zu einer friedlichen Austrag gekommen seien. Die Regierung habe einen höhern Begriff von ihren eigenen Pflichten, wie von den Aufgaben der Landesvertretung, als daß sie sich bemögen finden sollte, derselben die Frage der organischen Gesetzgebung ohne jede Aussicht auf fruchtbringende Resultate nur als Material für unerspriechliche Erörterungen hinzugeben.“ Zu Betreff des schon eingebrachten Budgets für 1863 ist bekanntlich in Abgeordnetentreffen mehrfache Verminderung darüber laut geworden, daß nicht auch gleich die Anlagen

## \* Kg. Im Oregon.

(Schluß aus Nr. 18.)

„Wir hatten noch einen langen anstrengenden Ritt zum Fort; wir hatten den geraden Weg verfehlt, und mußten nun unsere Richtung nach der Himmelsgegend suchen; doch endlich, nach zwanzig Stunden im Sattel, bekamen wir das demooste Pfahlsweck und die Schindeldächer Fort Wolfe's zu Gesicht. Schneeball war jetzt in einem trüblichen Zustand, mit Roth und Schaum bedeckt, mit hängendem Kopf und zuckenden Flanken; das andere Pferd aber war so völlig von Kräften, daß es etwa eine halbe Stunde von unserem ersehnten Ziel führte, und Nulkins den noch übrigen Weg zu Fuß gehen mußte. Der Jockey sowohl wie ich waren sehr abgemattet, mit Freunden aber sah ich, daß die Ermüdung als freundliche Pflegerin gewaltet hatte und das ganz erschöpfte Kind schon einige Stunden eingeschlafen war. „Unsere Ankunft erregte großes Aufsehen, und als die einsame Besatzung jener kleinen Feste hörte, daß hartbedrängte Christen-Männer und Frauen sie um Hilfe anriefen, entsprachen sie edel dem Nothruf. Hauptmann Watkins, ein alter, im Dienst zurückgesetzter Graufkopf, aber eine wadere Soldatennatur, wie die Folge zeigte, wußte sich im Anfang nicht zu raten.“

„Was in aller Welt ist da zu machen, Doktor?“ sagte er zum Feldkirch; „von neunzig Mann aller Waffen sind nur zwanzig diensttauglich. Pferde wären hinlänglich da, wenn wir die Frachtwagenthurne auf ihrem Rückweg nach Fort Leddenworth nähmen, aber die Leute! Doch, ich gehe, und war's mit einer Korporalswache!“

„Der Befragte begann sich eine Weile, tippte sich dann hurtig die Stirn.“

„Unsere Leute werden müßig hier.“ sagte er, „und mit den Reuten ist's was Karriertes. So ein Auf könnte Todte auferwecken. Ich will in's Lazareth gehen und den Burken dort sagen; 's seien

Frauen und Kinder ein paar Stunden weg in Gefahr, von Indianern bedrängt, und Sie sollen sehen, was geschieht.“

„Und, oh Wunder, von siebenzig Kranken und Verwundeten stellten sich fünfundsiebzig freiwillig zu augenblicklichem Dienst. Fleisch, Hafer, wankend, aber mit glänzenden Augen und von Muth erhobenen Gesichtern kamen die kühnen Gesellen nach einander herbei, sich als „diensttauglich“ beim Hauptmann zu melden. Die Augen, spirt ich, gingen mir über, wie ich so die schlichte Mitterlichkeit dieser armen Kriegsknechte, meist Ausländer in amerikanischem Sold, sah, die von ihrem Stöckchen stammelnd sich aufstießen, die zu retten, mit denen sie vielleicht nie ein Wort geredet hatten.“

„Viele, die sich anboten hatten, waren zu schwach für einen solchen Ritt; endlich brach aber doch eine Streitmacht von etwa fünfzig Wohlbewaffneten zu Fuß auf. Der Hauptmann befehligte sie selbst, und ich machte den Führer, denn der Jockey mußte, als zu erschöpft für fernere Mühsal, zurückbleiben. Der kleine Laf David blieb natürlich ebenfalls im Fort, unter der Obhut einer gutmüthigen Schottin, der Frau des Journeers.“

„Zeit ging notwendig viel verloren; auch unser Marsch ging nicht so schnell von Statten, als wir gewünscht hätten, denn die Frachtwagenthurne waren schwerfällige Thiere, und die Infanteristen nicht eben geschickte Reiter. Unser Fortkommen war also ein ziemlich langsames.“

„Ihr kamt aber doch zu rechter Zeit hin?“ rief Freund Rattinson, erregt; „ihr brachtet Alles in Ordnung, und gabt, den Indianern einen Denzettel, nicht wahr?“

„Nein, Tom, wir kamen zu spät; zu spät um viele Stunden; keine Seele war mehr da, zu berichten; die Ufer der Bagen war fast kalt; und wir vermuteten, das Lager müsse, nachdem die Munition vollends aufgebraucht war; gleich mit der Rückkehr unserer Verfolger gestürmt worden sein. Sicherlich machten die Indianer rasche Arbeit, um sich nicht durch die Ankunft einer rettenden Streitmacht ihre Beute entrichten zu lassen. Das Graufensweck war vollständig gethan. Alles

Tragbare war mitgenommen worden. Die Bagen waren in Brand gesteckt worden —; am glücklichsten noch Die, die sechsend gestorben waren, wie der arme Davis, dessen furchtbar entstellte Leiche wir mitten in einem, durch blutige Fußspuren und herausgerissenen Rufen gezeichneten, Stück Boden fanden. Ja, Alle waren umgekommen, Einige im Kampf, Einige, fürchte ich, im Martertod, denn die Leiber, die herumlagen, nackt ausgezogen und mit tiefen klaffenden Messerwunden, waren theilweise vom Feuer verzehrt worden. Frauen, Kinder, Starke und Schwache; Alte und Junge — die Schlichter hatten keines verschont, und die verstümmelten Leichname nur lagen auf dem geschwärtzten Rasen. Tom! mir wird weh um's Herz, wenn ich daran denke, und ich sah die gebräunten Wangen der Kriegsmänner bei dem gräßlichen Anblick weiß werden und hörte manchen gemurmelten Schwur der Rache — Gelübde, meist rethlich gehalten in jener grausamen Grenzregion. Die Indianer aber waren zur Zeit aus dem Bereich der Verfolgung. Ihre Töbten hatten sie mitgenommen.“

„Jetzt aber, Tom, seh' ich den Whittingtoner Meilenstein, wo wir uns trennen; ich muß mich also kurz fassen. Den kleinen Laf David nahm Hauptmann Watkins, der großen Gefallen an ihm fand, an Kindesstatt an, läßt ihm eine gute Erziehung in Chicago geben und verspricht, ihn auf die Kriegsschule in West-Point zu schicken, um sich dort zum Offizier zu befähigen. Schneeball, seines Vaters Geschenk, hat mich treu Jahre lang getragen; ich trennte mich von ihm nicht in meinem Streben und Ringen in Columbia, wo ich etwas vor mich brachte, und zwar so viel, daß ich in das Handelsgeschäft treten konnte, worin ich jetzt Theilhaber bin. Bei meiner Rückkehr nach Europa aber das treue Thier zurückzulassen, war mir nicht möglich; so bracht' ich's denn, mit nicht geringen Kosten, mit heim, und Du kannst Dir also leicht denken, lieber Freund, daß mir mein Schneeball nicht feil ist.“

„Aber der Schuß von einem Doktor — der Ignotus Smith — hat Den der Galgen nicht erreicht?“ fragte Tom begierig.



des Budgets mit vorgelegt seien. Der Artikel des „Staatsanzeigers“ bemerkt in dieser Beziehung: Die umfangreichen Anlagen sollten eingebracht werden, sobald deren Druck vollendet sei. Weiter wird darin mitgeteilt: Die Einbringung des Gesetzentwurfs über die militärische Dienstpflicht steht unverzüglich zu erwarten. Die Vorlage der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1862 zur nachträglichen Prüfung und Genehmigung werde erfolgen, sobald die Materialien und Grundlagen für eine wirkliche Prüfung vorhanden seien.

Der gemeinsame Beschluss des linken Centrums und der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses: von Seiten des Hauses an Se. Maj. den König eine Adresse zu richten, findet in der hiesigen liberalen Presse keine ganz übereinstimmende Beurteilung. Das Organ der Altliberalen, die „Berl. Allg. Ztg.“, und die „Nationalzeitung“, welche von verschiedenen Gesichtspunkten aus sich früher gegen den Erlass einer Adresse erklärt haben, bringen noch gar keine Meinungsäußerung über den nunmehr erfolgten Beschluss. Auch die „Voss. Ztg.“ hegte früher Bedenken gegen eine Adresse. Jetzt verlangt sie, dass etwas sehr Entschiedenem geschehe, und erteilt dem Abgeordnetenhaus den Rath: von der Krone eine durchgreifende Aenderung des Regierungssystems zu fordern. Am lebhaftesten befürwortet die „Volkszeitung“ das Vorgehen mit einer Adresse. Sie behandelt die Adressfrage als eine Art von Anklageverfahren gegen das Ministerium. Der „Publicist“ verspricht sich von einer Adresse gar keinen Erfolg und ist der Meinung, dass der jetzt beschlossene Schritt für die Sache der Opposition ungünstige Wirkungen haben werde. Die „Spenerische Ztg.“ zeigt sich mit dem Erlass einer Adresse nur für den Fall einverstanden, dass dieselbe dazu bestimmt sei, unter Wahrung des Verfassungsrechtes eine praktische Ausgleichung mit der Regierung über die Streitfrage in der Budget- und der Militärangelegenheit herbeizuführen.

\* Berlin, 21. Jan. Der „Korresp. Stern“ zufolge hat der von der gemeinsamen Kommission ausgearbeitete Entwurf zum Hauptinhalt die Verfassungsfrage; außerdem berührt er die Maßregelung der Beamten und der Presse, sowie den Versuch, die dem Beurlaubtenstand angehörigen Landwehrmänner in ihren allgemeinen staatsbürgerlichen Rechten zu beschränken; ferner hebt er die Löhnung der auswärtigen, namentlich der deutschen Politik Preußens, durch das innere Zerwürfniß hervor. Heute Abend werden die Fraktionen einen definitiven Beschluss über den einzubringenden Adressentwurf fassen.

Wien, 20. Jan. (B. K. B.) Der „Botschafter“ sieht sich durch die Anklaffung der „Spen. Ztg.“ zur nachstehenden Bemerkung bewogen: „Die „Spen. Ztg.“ gesteht ein, dass die nationalen Wünsche, deren Berechtigung nicht zu verkennen sei, über das der preussischen Auslegung entsprechende Maß der Einigung hinausgehen. Weßhalb verschließt sich also Preußen einer Auffassung des Bundesverhältnisses, welche den berechtigten nationalen Wünschen besser entspricht, und welchen Niemand entgegen ist, als Preußen selbst? Die Lehre, wonach ein Bundesstaat für den andern zum Auslande gehört, gerade wie Rußland oder Frankreich, eine Lehre, auf welcher allerdings ganz allein die politische Rechtfertigung des franko-preussischen Handelsvertrags beruhen konnte, ist die Verläugnung der politischen Existenz der deutschen Nation. Als einst ein deutscher Minister und ein anderes Mal ein deutscher Fürst den Bedrohungen der deutschen Machtgebiets-Theorie gegenüber von einer Anlehnung an's Ausland zu sprechen wagte, traf Beide das Verdammungsurtheil des ganzen deutschen Volkes, und wenn jetzt Preußen wagen sollte, die in Nr. 15 der „Spen. Ztg.“ mit cynischer Nacktheit vorgetragene Theorie zu adoptiren, so würde es ihm nicht besser ergehen. Der „Botschafter“ glaubt vorläufig, es seien die Auslassungen der „Spen. Ztg.“ bloß individuelle Anschauungen, denen höchstens eine vorübergehende Bedeutung zuschreiben sei.“

\* Wien, 20. Jan. Der „Öst. Post“ zufolge hat der Justizminister Dr. Heine die Uebernahme des Justizministeriums davon abhängig gemacht, dass die Ministerverantwortlichkeit in Kürze zur Wahrheit werde, und soll derselbe auch mit dem Entwurf eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes betraut worden sein. — Man versichert der „Presse“,

„Der Galgen nicht, aber doch die Nemesis in anderer Gestalt. Ich war in San Francisco, auf dem Heimweg, als die Sache sich zutrug. Dr. J. F. Smith schob sich, in einer Schenke, über's Sackloch, mit einem Mann, den er im Kartenspiel betrogen hatte. Wie gewöhnlich, war eine Pistole geladen, und eine nicht, der Doktor aber verließ sich auf einen Mißgeschick, der seinem Gegner sekundirte, dem Doktor aber die geladene Waffe geben sollte. Durch irgend eine Dummheit oder Hinterlist war jedoch mein Ignoranz der Angefährte. Er bekam die unrechte Pistole, wurde durch's Herz geschossen, und starb auf dem Fleck, wie er unzweifelhaft allezeit gelebt, ein unbusfertiger Sünder.“

— Die Epigen der Stadt Bonn fordern in dem dortigen Lokalblatt in den nachstehenden Worten Karl Simrocks auf Ußland zu Beiträgen für das Monument dieses Dichters auf:

Was schreiben, theurer Schatte,  
Wir auf dein Mal von Erz?  
Sicht an den Mann, er hatte  
Für unser Volk ein Herz.

Daß sich sein Reich erneure,  
Wollt' er es stark und frei.  
Und wer das will, der seure  
Zu seinem Male bei.

Daß er die Wege zeige  
Im Frieden wie im Streit.  
Mit ihm dem Grab entsteige  
Die deutsche Herrlichkeit.

\* Es ist bereits konstatiert, daß der gewaltige Sturm vom 20. d. auf dem weiten Flächenraum von den Alpen an bis nach Norddeutschland, sowie nach England, Schottland und Island gewüthet und an den Gebäuden, Wäldern, Telegraphenleitungen u. s. w. vielfachen Schaden angerichtet hat.

daß die Einführungsverordnung zum Pressegesetz endlich in den nächsten Tagen dem Staatsrath verlassen werde, und daß die Verzögerung weniger durch die Selbstenmachtung irgend welcher sachlicher Bedenken, als durch formell-redactionelle Anstände veranlaßt worden sei. — Die „Gazz. Uffiz. di Trento“ enthält eine Bekanntmachung, unterzeichnet vom Hofrath Grafen Hohenwart, worin erklärt wird, daß das Gesuch der wälisch-tyrolischen Landtagsabgeordneten, welches der Reichsraths-Abgeordnete v. Hubicki in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht hatte, um eine Trennung von Deutschtyrol zu bewirken, vom Kammerpräsidium dem besagten Hrn. Abgeordneten zurückgestellt wurde, damit er es den Bittstellern zurücksende.

† Wien, 20. Jan. Die Debatte über die ungarische Frage hat eine Zeitlang geschlummert; aber seit einigen Tagen ist sie mit großer Lebhaftigkeit wieder aufgenommen worden, und ein mit vieler Sicherheit auftretendes Gerücht will wissen, daß dieselbe demnächst, namentlich auf dem niederösterreichischen Landtag, in einer Form zur Sprache kommen werde, welche dem Reichsrath, beziehungsweise der Regierung die Anmuthung macht, anders als mit den bisher gefallenen spärlichen allgemeinen Aenderungen an sie heranzutreten. Es bricht sich eben mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn, daß man einer Frage von solcher Schwierigkeit und Bedeutung nicht länger unthätig und zuwartend gegenüber stehen dürfe, daß die fortbauern ungelöste Frage die ernstesten Gefahren in ihrem Schoße birge, wenn etwa die europäischen Verwicklungen zu einer Krisis herantreiben sollten, und daß der Neubau Oesterreichs, so lange diese Frage nicht zum befriedigenden Abschluß gediehen, jeder festen Grundlage entbehre.

Es ist bekannt, daß die Regierung jetzt schon tief in das zweite Jahr hinein, wenigstens äußerlich, in einer durchaus passiven Haltung den Ländern jenseits der Leitha gegenübersteht, und daß andererseits die Parteiführer in Ungarn das Zuwarten förmlich zum Programm erhoben haben. Es ist aber klar, daß ein Verhältniß, gemäß dessen der eine Theil leblich auf die Ermüdung des andern spekulirt, auf die Dauer nicht angeht, und daß die höchsten Interessen des Staats gefährdet sind, wenn Spannungen in seinem Innern, die einen großen Theil seiner Kräfte brach legen, chronisch zu werden drohen.

Welleicht handelt es sich nur um den Anfang, nur um das erste Wort, um die bisher starre Masse in Fluß zu bringen; aber wer soll den Anfang machen, wer soll das erste Wort sprechen? Die Regierung hat in ihren Organen es wiederholt als unthunlich erklärt, ihrerseits mit Vermittlungsvorschlägen vor Ungarn hinzutreten: sie will solche Vorschläge von ungarischer Seite entgegennehmen, um sie dann zu prüfen und zu amendiren; sie hofft in dieser Weise Herr der Lage zu werden. Aber die Wortführer in Ungarn behaupten, daß sie weder berechtigt noch auch nur moralisch kräftig genug sind, um im Namen ihres Landes der Regierung eine Ausgleichung entgegen zu bringen, und sie weisen dafür auf das allein kompetente Organ, auf den Landtag, hin. Diesen Landtag einzuberufen nimmt wiederum die Regierung Anstand, bevor sie nicht die begründete Hoffnung hat, eine nachgiebiger und weniger schroffe Versammlung zusammenzubringen, als die, welche sie im Jahr 1861 aufgelöst.

Der Standpunkt der Regierung sowohl, als der ungarischen Parteihäupter ist unlängbar ein höchst schwieriger, und der Reichsrath hat nicht bloß zwei verschiedene, ihm dargebotene Gelegenheiten, vermittelnd und versöhnend einzugreifen, unbenützt gelassen, er hat sogar durch seine Haltung neue Entfremdung und neue Schwierigkeiten geschaffen. Er hat es für seine oberste Pflicht gehalten, die unbedingte Durchführung eines Systems zu stützen, statt den thatsächlichen Verhältnissen größere Rechnung zu tragen. Und so sieht die größte innere Angelegenheit Oesterreichs noch immer da, wo sie vor anderthalb Jahren stand, und wenn nicht das ganz Unerwartete geschieht, so wird der zurückkehrende Reichsrath sie ebenfalls noch genau so finden, wie er bei seinem Scheiden sie verlassen; vorausgesetzt, daß nicht inzwischen die Landtage eine Initiative in dieser Angelegenheit ergreifen, welche Reichsrath und Regierung zu einem werththätigen Vorgehen nöthigen.

\* Wien, 21. Jan. Der „Presse“ zufolge finden seit einigen Wochen in Wien sehr bedeutsame Unterhandlungen statt, die auf nichts Geringeres als Gründung einer neuen Bank in Wien abzielen. So viel bis jetzt bekannt wurde, handelt es sich um ein Projekt, an dessen Spitze Lord Farquhar und die beiden englischen Unterhausmitglieder Hobart und Lever stehen. Darnach würde nach dem Muster der Point-Stock-Banken in Wien eine Bank etabliert werden, die Escampte-, Giro- und Hypothekengeschäfte machen soll. Sie wird ihre Geschäfte ausschließlich in effektiver Valuta abschließen und natürlich keine Noten emittiren. Daß dieses Bankprojekt einen intimen Zusammenhang mit dem Plan zum Bau einer siebenbürgischen Eisenbahn, und zwar nicht des magyarischen Planes (Arad-Hermannstadt) hat, läßt sich leicht errathen, wenn man die dabei mitwirkenden Personen ins Auge faßt. Noch sind die Verhandlungen nicht zum Abschluß gediehen, und obwohl das Ministerium, namentlich Graf Rechberg, das Unternehmen mit den günstigsten Augen betrachtet, so sind doch noch mancherlei Bedenklichkeiten zu überwinden. Die Thatfache, daß Se. Maj. der Kaiser selbst gestern Hrn. Rechberg empfangen und diesem, wie wir hören, hinsichtlich des eben erwähnten Bank- und Eisenbahnprojektes einen sehr hoffnungsvollen Bescheid gegeben hat, gilt den Unternehmern als Gewähr für die Erlangung der Konzession zu dem Unternehmen, für welches, einer glaubwürdigen Versicherung zufolge, auch das Kapital (sechs bis zehn Mill. Pfd. St.) bereits gesichert sein soll. Die Unterhandlungen werden mit Eifer fortgesetzt.

Die national-ökonomische Wochenschrift „Austria“ bringt in ihrer jüngsten Nummer einen Artikel über die General-

Zollkonferenz, der mit dem Satze schließt: „Daß wenn die General-Zollkonferenz zu Stande kommen sollte, durch dieselbe gewiß nichts zu Stande kommen werde.“ Dieser Ausspruch ist um so bemerkenswerther, als die „Austria“ einen offiziellen Charakter hat.

Aus den Donaufürstenthümern wird gemeldet, daß der letzte Rest des russischen Waffentransports am 4. Jan. in Gruja eingelangt war, und im Ganzen bisher 40,000 Gewehre und 20,000 Säbel dahin gebracht wurden. Fürst Michael soll dem Fürsten Eusa aus Dankbarkeit für die Vorschubleistung 20 Kanonen geschenkt haben. Letzterer erwartet überdies noch 24 gezogene Kanonen und 8000 Karabiner aus Belgien.

Zinsbruck, 17. Jan. Wie die „Tyroler Stimmen“ aus glaubwürdiger Quelle erfahren, ist die vom „Baterland“ aus in andere Blätter übergegangene Nachricht in Betreff der Errichtung einer protestantischen Pastorei in Meran ungenau, und ein Resultat diesfälliger Verhandlungen noch keineswegs erflossen.“

### Italien.

Turin, 19. Jan. Die „Stampa“ sagt: Die Nothwendigkeit der neuen Anleihe ist nicht von der finanziellen Lage verursacht, sondern durch höhere politische Rücksichten, die bevorstehen. — Ein königl. Dekret ernannt die Kommissionen zur Einteilung der Gefangenen in Neapel in drei Klassen. Diese sind: Solche, die vor die richterlichen Behörden gestellt werden; Solche, die mit Fixirung ihres Wohnortes (Internirung) freigelassen werden, und Solche, die unbedingt freigelassen werden sollen. Die Ernennung der Mailänder Domherren ist zu Gunsten des liberalen Klerus erfolgt.

### Frankreich.

Paris, 21. Jan. Der „Moniteur“ bemerkt heute, daß die Nachricht von der Einnahme Puebla's einem Telegramm entnommen war, welches am 6. Jan. an der Börse zu Boston angeschlagen war und auf außerordentlichem Wege nach St. Antonio gebracht wurde. Nun lasse die Quelle dieser Nachricht, wo man wenig geneigt ist, den Erfolg der französischen Waffen zu verbreiten, freilich kaum vermuthen, daß sie unbegründet sei; doch entbehre sie des Charakters unbedingter Zuverlässigkeit. — In Erwartung der Adressdiskussionen kam es in den Bureaus des Senats bereits zu einigen Schärmügeln. General Goyon griff die Politik und das Verhalten des Hrn. v. Lavalette in Rom so heftig an, daß in Abwesenheit des Letztern sogar Einer der anwesenden Kardinalen seine Vertbeidigung nehmen zu müssen glaubte. Hr. v. Lavalette will nun den General wegen seines „illoyalen Benehmens“ im Senate interpelliren; doch will man ihn von diesem Vorhaben abbringen. In einem andern Bureau gab Mexiko Anlaß zu heftigem Wortwechsel. Marquis v. Lariboissière (wenn ich nicht irre) sprach sich in entschiedenster Weise gegen diese Expedition aus, welcher kein politischer Gedanke zu Grunde liege, und die als militärische Kundgebung nach der Krim und Italien völlig überflüssig war. Derselbe Senator legte die Arbeitskrisis und den niedrigen Stand des kurzest der Staatsschuld dem Handelsvertrag mit England zur Last. — Die Adresskommission des Gesetzgeb. Körpers hielt heute eine erste Sitzung. Sie beabsichtigt ihre Arbeiten zu beenden, um mit der Diskussion sofort nach dem Botum der Senatsadresse beginnen zu können. Es ist die Rede davon, die allgemeine Diskussion beträchtlich abzukürzen, wenn nicht ganz zu unterdrücken. Es ist anzunehmen, daß die Session kurz sein wird, und man versichert sogar, daß die allgemeinen Wahlen schon in den ersten Tagen des Mai's werden stattfinden können.

Der Herzog von Anumale arbeitete längst an der Geschichte der Conde's. Schon vor ungefähr einem Jahr traf er ein Abkommen mit dem Buchhändler Levy wegen einer Auflage von 4000 Exemplaren. Der Verleger, sowie der Drucker Hr. Clave kamen den gefälligen Vorschriften nach und der Druck wurde eifrig betrieben. Zwei Bände waren fertig und sollten demnächst ausgegeben werden, — als vorgestern der ganze Borrath bei Drucker und Buchhändler auf Befehl des Polizeipräsidenten weggenommen wurde. — Das „Pays“ hat Berichte aus Brüssel, 20., nach welchen der Herzog von Koburg den griechischen Thron positiv abgelehnt hätte. Die „France“ dagegen will wissen, daß König Leopold lebhaft in den Herzog Ernst drang, den hellenischen Thron anzunehmen, und daß die Rathschläge des Königs auf den Herzog einen tiefen Eindruck hervorgerufen haben. — Die Militärschule von St. Cyr, in welcher bekanntlich das Typhusfieber ausbrach, soll angeblich nach Fontainebleau verlegt werden. — Baron Gros ist gestern auf seinen Posten nach London abgereist. — Für die erwerbslosen Bau- und Arbeiter aller Departemente hat der Kaiser neuerdings 100,000 Frs. gespendet; die kais. Garde steuerte durch Abtretung einer Tageslöhnung gleichfalls 20,000 Frs. bei. — Eine der Ehrennamen der Prinzessin Clotilde, Frau v. Clermont-Tonnere hat, auf Veranlassung ihres Gemahls, welcher die politischen Ansichten des Palais royal nicht theilt, ihre Stelle niedergelegt. Es ist die Rede von Frau Emile v. Girardin als deren Nachfolgerin. — Der bekannte Pfarrer der Magdalena-Kirche, Abbé Deguery, soll zum Groß-Almosensier des Kaisers ernannt und zum Bischof in partibus erhoben werden. — Marschall Pelissier hat dem Vernehmen nach die Aufführung des „Als de Giboyer“ in Algier verboten. — Die „Patrie“ hört heute aus den Donaufürstenthümern von ernstern Zerwürfniß zwischen dem Fürsten Eusa und der Kammer der Volkvertreter. — Die „France“ beginnt heute mit Veröffentlichung der Denkschrift über die administrative Organisation des Kirchenstaates, welche auf Befehl des Papstes ausgearbeitet wurde, um der Regierung des Kaisers vorgelegt zu werden. — Die Börse war sehr fest. Rente bleibt 70.05 nach 70.20. Mob. mit 15 Frs. Haufe 1168.75. Ital. Anl. 70.60.



Rußland.

St. Petersburg, 20. Jan. Die Steuerreform-Kommission hat die Herabsetzung des Einfuhrzolles auf raffinierten Zucker beschlossen. Es soll diese Herabsetzung während vier Jahren 1/2 Rubel jährlich betragen, bis dieser Eingangszoll auf 3 Rubel pr. Poud, sowohl für den über Land, wie für den über See importierten Zucker reduziert ist.

Amerika.

Neu-York. Man hat jetzt nähere Berichte über den Untergang des „Monitor“. Das berühmte Panzerschiff ist in einem Sturme bei dem Cap Hatteras untergegangen. Der Kriegsdampfer „Rhode Island“ hatte es im Schlepptau und wäre beinahe, als er sich zur Rettung der „Monitor“-Mannschaft näherte, an dem Eisentofel zerbrochen. Der „Monitor“ hatte, nach den Versicherungen des Kommandanten des Schiffes selbst, während der äußerst beschwerlichen Fahrt ein Heck am vordern Theile erhalten, da, wo der Rumpf des Schiffes sich an den über dem Wasser hervorragenden Panzer anschließt. Das Wasser drang mit solcher Gewalt in die unteren Schiffsräume ein, daß selbst die Adams'sche Centrifugalpumpe, welche in der Minute 3000 Gallonen ausleert, das allmähliche Sinken des Schiffes nicht hindern konnte. Von der Mannschaft wurden 4 Offiziere und 12 Matrosen vermißt. Nach den Versicherungen sachkundiger Männer dürfte durch diese Katastrophe der endgiltige Beweis geliefert sein, daß die neuen, nach dem System des „Monitor“ in Amerika gebauten Panzerschiffe für weite Meeresfahrten, ja vielleicht selbst für längere Küstenfahrten keine hinreichenden Garantien darbieten. Es wäre schon sehr bedenklich, wie in dem Pariser „Moniteur“ hervorgehoben wird, mit solchen Schiffen eine Fahrt über den Atlantischen Ocean, ja selbst nach den Antillen anzutreten. Uebrigens hat der „Passaic“, der noch größer und mit noch schwererem Geschütz versehen ist, denselben Sturm, der dem „Monitor“ den Untergang brachte, ausgehalten, und ist, soweit die Nachrichten bis jetzt gehen, ungefährdet am Schlepptau des „State of Georgia“ um das gefährdete Hatterascap herumgekommen.

Neu-York, 8. Jan. Die Botschaft des Gouverneurs von Neu-York, der mit Beginn dieses Jahres in sein Amt eingetreten, ist gestern veröffentlicht worden. Seymour sagt darin:

Nicht nur das Leben der Nation steht auf dem Spiel, sondern es ist auch jedes religiöse, persönliche und Familieninteresse in die Gefahr verwickelt. Man darf mit der Wahrheit in unserer finanziellen und militärischen Lage nicht zurückhalten. Man darf keinen Versuch anstellen, den freien Ausdruck der öffentlichen Meinung zu unterdrücken. Erschrecken über das Unheil, welches sie angeht, bestehen die Urheber unserer Mißgeschickel, im Nothen wie im Süssen, daraus, daß die Ursache der unvermeidlichen Streit in der Sklavereifrage gewesen sei. Aber das war der Gegenstand, nicht die Ursache des Kampfes. Die Ursachen des Krieges haben wir in der fortgesetzten Mißachtung der von den Gesetzen und der Verfassung vorgeschriebenen Pflichten, in der Unterschätzung verfassungsmäßiger Autorität zu suchen; und mehr als in allem Andern in den örtlichen Vorurtheilen, welche in den beiden Theilen der atlantischen Staaten an beiden äußersten Endpunkten unseres Landes emporgeprossen sind. Keine ethische und aufrichtige Beurtheilung unserer Lage kann uns verhehlen, daß unser Volk sowohl an sich selbst, als an dem Auftreten der Regierung und der Politik unserer Staatsleiter eine Reform vollziehen muß. Die Rettung kommt für unser Land nicht zu spät, wenn wir uns unsern heiligen Verpflichtungen im rechten Geiste und in der rechten Weise hingeben wollen. Ihn wir dieses, so werden sich die Früchte unserer Bestrebungen bald im ganzen Lande und in der zivilisirten Welt bemerkbar machen. Die Regierung werden wir stärken, die Rebellion schwächen, und unser Volk zu Einigkeit führen; und die Welt wird unsere Befähigung zur Selbstregierung anerkennen, wenn wir zeigen, daß wir der Selbstreform fähig sind. Wo es das Recht der Regierung ist, über die Politik und die zu nehmenden Maßregeln zu entscheiden, da ist es unsere Pflicht, zu geborchen und ihrer Entscheidung ohne Verzug zur Hilfe zu kommen; das ist die Lebensader der Freiheit. Dieser Krieg hätte abgewendet werden sollen; als aber einmal die Schloßen des Kampfes aufgegangen waren, da konnte die Regierung weder seine Ausdehnung abmessen, noch seine Schwankungen übersehen. Mit dem Strome fortgerissen, rang sie nach besten Kräften gegen die dem Widerstande spottenden Wogen; doch schienen Wenige im Stande zu sein, ihre militärischen oder finanziellen Probleme zu begreifen. Wir dürfen also mit den Irrthümern ihrer Handlungsweise und ihrer Politik nicht in ein strenges Gericht gehen, sondern wir müssen uns, während wir alle Entschuldigungen für die Fehlgänge gelten lassen, davor hüten, Irrthümer anzunehmen oder Prinzipverletzungen gutzuheißen. Die gleichen Gründe, welche die Beurtheilung der Thatfachen mildern, müssen uns um so wachsamere gegen ihre übeln Einwirkungen machen.

Der Gouverneur mißbilligt darauf die Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt unter den Kriegsgesetzen als die Rechte der Staaten umstürzend und die richterliche und gesetzgebende Macht der eigentlichen Regierung vernichtend. Das Emanzipationsdekret des Präsidenten erklärt er für unpolitisch, ungerecht und verfassungswidrig, weil es der Wiederherstellung der Union viele Schranken in den Weg setzen müsse und von der Welt leicht als eine Aufhebung der Hoffnung auf Wiedervereinigung mißdeutet werden könne. Die Union werde von den westlichen und den Mittelstaaten wieder hergestellt werden, welche beide, freie und Sklavenhaltende, den heftigen Leidenschaften der Extreme unzugänglich seien. Diese mittlern Sklavestaaten, welche die Losjagungsakte verwarfen, welche in der Union zu bleiben suchten und die zurückgetriebenen wurden von einer hochmüthigen und unmaßgebigen Politik mühen zurückgebracht werden. Die nationale Verfassung sei unverletzt aufrecht zu halten, und die Rechte der einzelnen Staaten seien für eben so heilig zu achten.

Baden.

Karlsruhe, 21. Jan. (Siebente Sitzung des Landwirthsch. Centralausschusses.) Hr. Dr. Schinzinger vermahnt sich gegen irrthümliche Auslegung

seines Ausdrucks „Ankenntnis weiterer Behörde“, wie es schon gesehen; er habe nicht Amtsräte darunter verstanden. Er habe sogar Ursache, die Thätigkeit eines Amtsrates in landw. Vereinsangelegenheiten rühmlichst zu erwähnen, nämlich die des Hrn. Amtsrates Molitor in Breisach.

Man setzt hierauf die Besprechung über Hebung der Viehzucht fort und beginnt mit der Prämierung der Farren.

Hr. Kotttra wünscht für seinen Bezirk 250 fl. zur Prämierung von halbjährigen Farren der Hinterwäldertracé. Es sei dies ein ausgezeichnete Schlag, der zwar auf den Bergen klein ist, aber unter günstigeren Verhältnissen bald größer wird. Die Thiere sind sehr stark und liefern ein ausgezeichnetes Fleisch. Außer diesen möge man auch andere Farren prämiern. Dem Vorschlag, daß einem Verein eine Summe bestimmt wird, wurde widersprochen, worauf

Hr. Kotttra meint, daß, wenn man die Summen für die einzelnen Bezirke nicht festsetze, man zur Prämierung junger Farren der verschiedenen Bezirke etwa 3000 fl. bestimmen solle.

Hr. Schmitt glaubt, daß ein Aufwand von 3000 fl. nicht zu viel ist für Prämierung junger Farren; denn diese fallen oft besser aus, als solche, die man aus dem Ausland bezieht.

Hr. Roder hält es für unmöglich, mit 3000 fl. auszureichen.

Hr. Steiner wünscht nur eine Prämierung da, wo schon ein schöner und konstanter Schlag vorhanden. Kreuzungen werden erst nach mehreren Generationen konstant; wenn man gleich im Anfang prämiere, so kann man auch Uebels schaffen. — Die Prämierung von Farren findet lebhafteste Theilnahme; da aber die zu verwendenden Mittel schon bestimmt sind, stellt Hr. Friederich den Antrag, der Centralausschuß möge das Bedauern ausdrücken, daß nicht die nöthigen Mittel vorhanden sind, und die Hoffnung daran knüpfen, daß für das Budget für 1864/65 mehr Mittel bewilligt werden, die vorzugsweise zur Hebung der Rindviehzucht verwendet werden sollen.

Hr. Kotttra schlägt vor, einen Administrativkredit in der Höhe des Bedürfnisses zu verlangen.

Hr. Friederich ist gegen diesen Vorschlag und wünscht, daß man von den 7000 fl., die für Zuschüsse an Bezirksvereine bestimmt sind, 3000 fl. für Prämierung von Farren verwende.

Der erste Antrag des Hrn. Friederich wird angenommen, letzterer aber abgelehnt. Der Antrag Kotttra's wird bis zur Budgetberatung vertagt.

Man geht hierauf über zur Frage

4) Ist die Stammaucht zu befördern, und zwar entweder auf Gütern, welche in Selbstbewirtschaftung der Centralstelle sich befinden, oder durch Unterstützung von Privatwirthschaften nach dieser Richtung?

Hr. Link schlägt vor, daß Demänengüter in Selbstbetrieb genommen und dort Stammaucht getrieben werde.

Hr. Steiner wünscht, daß auf der Hochschule ebenfalls zur Stammaucht geschritten werde, daß man aber durch Prämierung auch Stammaucht bei Privaten unterstütze.

Der Vorsitzende zeigt an, daß der Vorstand der Ackerbauschule sich entschlossen und bereits begonnen habe, Stammaucht zu treiben, und zwar mit dem Breisgauer Schlag, daß es aber zur größern Ausdehnung an den nöthigen Stallungen gebricht. Es würde beschließen, zu erklären: Der Centralausschuß hält es für wünschenswerth, daß die Stammaucht durch Prämien u. s. w. befördert werde. Der Antrag von Hrn. Link wird abgelehnt.

Der Vorsitzende zeigt an, daß von dem Bezirk Freiburg der Wunsch ausgesprochen wurde, das Salz möge billiger werden. Dieses wurde von Hrn. Dr. Schinzinger lebhaft unterstützt. Ein anderer Verein wünscht, daß das Viehsalz auch besser werde. Auf letzteres wurde besonders durch den Vorsitzenden, Hrn. Laurop, erwidert, daß das Viehsalz gewöhnlich reines Kochsalz mit etwas Kalk ist. Der Freiburger Antrag geht dahin: man möge dahin wirken, daß der Preis des Zentners Viehsalz auf 2 fl. gleichmäßig für das ganze Land festgestellt werde. Bei der Abstimmung wird dieser Antrag angenommen. Konstanzen schlägt vor, daß bei der Waldstreue ein Abgabeturnus eingehalten werde.

Hr. Dr. Herth wünscht, daß eine eingehendere Untersuchung über die Wirkung der Waldstreue vorgenommen werde. Hr. Bezirksförster Laurop gibt eine Erklärung über den eingehaltenen Turnus, und hält das Laub für sehr wichtig, nicht allein wegen seiner Bestandtheile als Dünger, sondern besonders deshalb, weil es den Boden vor dem Festwerden und Austrocknen schützt. Als bestes Mittel findet er eine andere Notation im Anbau der Feldfrüchte, wodurch mehr Ertrag erzeugt wird, und spricht sich entschieden gegen die immer mehr überhand nehmende Waldausfodung aus, wodurch die landw. Ansprüche an den Wald vermehrt werden, die Fläche des letztern aber vermindert wird. Dem stimmen mehrere Mitglieder bei.

Hr. Kotttra spricht gegen den Antrag von Konstanzen. Die Landwirthschaft möge für Ertrag sorgen; der Laubdünger verweht zu schnell, und jedenfalls werde durch die Entnahme des Laubes der Forstwirthschaft großer Schaden zugefügt. Man gestatte also die Laubentnahme nur im Nothfall. Der Vertreter von Konstanzen zieht hierauf den Antrag zurück.

Hr. Dr. Herth: In seinem Bezirk hat man die Waldstreue nur, um die Thiere trocken zu stellen, nicht des Düngerwertthes halber. Den Dünger holt man dort aus der Stadt.

Hr. Steiner hat auch schon Erfahrungen gemacht, daß die Waldstreue als Dünger schlecht ist, weil bei trockenem Wetter der Wind sie fortnimmt. Als Streu ist Erde besser.

Schluß: Für die Entnahme von Streu sind nur solche, die keine Waldungen haben, die also nur fremdes Gut sich zu Nutzen machen wollen. Der Antrag von Hrn. Dr. Herth wird abgelehnt.

Anmerkung. In dem Bericht der 6. Sitzung sind im Satz: „Hr. Friederich wünscht Besprechung über Aufhebung der Waisensmeister“ die Worte „Aufhebung der“ zu streichen.

\* Aus dem Mittelrheintreise, 21. Jan. Um bei der Auscheidung derjenigen Fonds, welche in Zukunft nach den Verordnungen vom 28. Febr. und 7. Nov. v. J. zu behandeln sind, verlässige Anhaltspunkte zu gewinnen, und um zugleich die Mittel kennen zu lernen, welche den evangelischen Kirchengemeinden außer den ganz oder vorzugsweise zu kirchlichen Zwecken bestimmten Fonds zu Gebot stehen, namentlich also die Simultan-, Bau- und Heiligenfonds, die zum Theil von den politischen Gemeindebehörden verwaltet wurden, die zu Schulzwecken, zur Armenunterstützung und andern milden Zwecken bestehenden Fonds, hat der evangelische Oberkirchenrath in Nr. 1 des Verordnungsblattes für die evangelische Kirche Badens vom 12. I. W. einen Fragebogen entworfen, den sämtliche evang. Kirchengemeinderäthe für jeden einzelnen, zu kirchlichen und weltlichen Zwecken bestehenden Ortsfond ihrer Gemeinden alsbald zu beantworten haben. Derselbe zerfällt in folgende elf Rubriken: 1) Be-

nenennung des Fonds. 2) Wer ist zu demselben berechtigt? 3) Welchen Zeitraum umfaßt die Rechnung, und wann ist hiernach die laufende Rechnung abzuschließen? 4) Welches ist der Stand des Vermögens nach dem letzten Rechnungsabschluß? 5) und 6) Wie hoch belief sich die Jahreseinnahme und die Jahresausgabe in der letzten Rechnungsperiode? 7) Welcher Regierkassenbeitrag wurde zuletzt für ein Jahr entrichtet? 8) Durch wen wird der Fond verwaltet? 9) Wie ist der Fond entlastet? 10) Von welcherlei Art sind dessen Einkünfte? 11) Welches sind die Zweckausgaben?

Eine andere Verfügung fordert sämtliche evang. Dekanate und das für die Diözese Mannheim-Heidelberg bestehende Synodaldekanat unter Hinweisung auf den über die Pfarrsynoden vom Jahr 1860 gegebenen Bescheid auf, die Vorarbeiten für die in das laufende Jahr kirchenordnungsmäßig fallenden Pfarrsynoden zu beginnen und die in §. 6 der Pfarr-Synodalordnung vorgeschriebene Vorlage der Fragen zu beschleunigen.

Heidelberg, 18. Jan. Heute wählten die Professoren der hiesigen Universität den Geh. Rath Prof. v. Vangerow zum Prorektor für die Zeit von Oetern 1863-64. Es war die erste eigentliche Wahl nach dem seit vorigem Herbst geltenden neuen Universitätsstatut. Früher war ein Turnus unter den vier Fakultäten und je unter den Professoren derselben Fakultät nach der Anciennität üblich.

Mannheim, 20. Jan. Heute Abend fand im schönen Konzertsale des groß. Hoftheaters die von sämmtlichen Gesangsvereinen veranstaltete Uhlansfeier statt. Sowohl den wackeren Vereinen, die sich diesem sorgfältig vorbereiteten Gesangsfest unterzogen hatten, als dem Fond für die Errichtung eines Uhlans-Standbildes, welchem die Einnahme gewidmet war, hätten wir lebhaftere Befehigung wünschen mögen. Der beispiellos ungünstigen Witterung, die uns gerade an diesem Tage bäumeentwurzeln den Sturm, Regen, Donner und Blitz gebracht und so die Bewohner Ludwigshafens völlig ausgeschloffen hatte, sowie den sich drängenden Karnevalsfesten, die gestern eine große Gesellschaft absorbirten, mag dieser für unsere Stadt ungewohnte Mangel an Besuch zugeschrieben werden. Auch hat gerade in der letzten Zeit Mannheim in rascher Aufeinanderfolge Vieles zu Ehren der Literatur und ihrer Heroen geleistet, Vieles für Denkmäler beigetragen, von dem Schiller-Standbild und seiner Eröffnungsfest an bis zu dem Wessenberg-Denkmal, und jüngst erst haben seine Künstler und Kunstfreunde, die H. Fr. Arlaria, Gebr. Hauser, Dr. Lorent, Hornberger und Dänkel, dem Künstlerverein für Errichtung eines protestantischen Gotteshauses in Salzburg Gaben im Werth von mehr als 600 fl. übermacht. Auch heute bildeten doch über 400 Zuhörer das sehr angeregte Publikum der Feier, in welcher die Gesammtchöre unter Leitung des Hrn. Musiklehrers Guth, wie die Spezialchöre der 7 Männer-Gesangsvereine sich reichlichen Beifall erwarben. Eben so lebhaft Anerkennung mit Hervorruf wurde Hrn. Hofschaulpieler Müller für seine Deklamation von Uhlans' „Sängers Fluch“ und Hrn. Oberregisseur Wolff zu Theil, der in glänzender, häufig von Beifall unterbrochener Festsprache des Dichters Bild den Zuhörern entfaltete hatte.

Säckingen, 20. Jan. (Festg. Bg.) Das Erdbeben vom 16. d. Abends, erstreckte sich über die Orte der Kemter Herrsch., Säckingen, Waldohut und St. Blasien, hatte also eine starke Ausdehnung und wurde nur mehr oder minder heftig wahrgenommen, je nachdem man darauf aufmerksam war. Von eingetretenerm Schaden durch dasselbe ist nichts bekannt geworden.

Bermischte Nachrichten.

Frankfurt, 21. Jan. (Zit. Bl.) Demüthigt wird eine Versammlung sämmtlicher Mitglieder des deutschen Schützenbundes hiesiger Stadt abgehalten, um sich über den Anschluß an den mittelrheinischen Schützenbund zu entscheiden. Bei dieser Gelegenheit sollen auch die Abgeordneten von Frankfurt zum deutschen Schützenparlament (Schützenparlament), namentlich diejenigen, welche im Ausschusse sind, zu erscheinen ersucht werden, um ihre Ansichten über die Organisation des Schützenwesens, sowie die Schießordnung auszusprechen und die Wünsche der hiesigen Schützen in Betreff des letztern Punktes zu vernehmen. Das Schützenkolleg hat sich z. B. in seiner gestrigen Sitzung für die unbedingt Zulassung der selbstmäßig eingerichteten Bläsen von gleichem Kaliber auf den Feldschützen ausgesprochen, indem doch vor Allem nicht durch den gleichen Wüchsenhaft, wohl aber durch ein einheitliches Kaliber eine größere Wehrhaftigkeit des Einzelnen, wie der Gesammtheit erzielt werde.

Halberstadt, 17. Jan. (H. B.) Durch speziellen Befehl des interimistischen Kompanieführers — der wirkliche Kompaniechef ist zufällig auf Urlaub abwesend — sind der Frau Kollf (deutschkatholisch) auch die vier letzten Soldaten, welche sie bisher noch in Wohnung und Kost hatte, zum 1. Febr. c. gekündigt worden.

Schaffhausen. Letzten Freitag fuhr die Lokomotive mit badiischem Bahnverwaltungs-Personal von Waldohut nach Schaffhausen.

Turin, 15. Jan. (N. Corr.) Seit 10 Tagen trifft hier keine Post aus Deutschland ein. Niemand erinnert sich eines solch starken Schneefalles in Oberitalien. Die Lawinen des St. Gotthard stürzten mit furchtbarem Gewalt bis in die Thäler von Ambri, Dazio und Vallemaggia. Die stärkste löste sich von der Garalpipe ab, nahm die Richtung nach San Maria, und wälzte sich 3 Meilen lang bis in den Tessin. Eine andere gleich furchtbare ergoß sich durch das ganze Thal zwischen Doco und Vigera, und schlug in einem Walde über 1000 Fichtenbäume nieder, worunter viele 100jährige Stämme waren. An andern Orten waren die Verheerungen nicht minder stark, doch hat man bis jetzt nur ein Menschenleben zu beklagen, während 4-5 Personen mehr oder minder stark verwundet wurden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sam. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 23. Jan. 1. Quartal. 13. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: Eine Parthie Biquet; Lustspiel in 1 Akt, von Journier und Meyer. Hierauf: Der Better; Lustspiel in 3 Akten, von A. Benedix. Chevalier Nocheferrier und Siegel. Hr. Th. Löwe, zur letzten Gastrolle.

Sonntag 25. Jan. 1. Quartal. 14. Abonnementsvorstellung. Die Jüdin; große Oper in 5 Akten, von Halévy.



